

Eine Energiewende anstossen

Trotz verschiedener Massnahmen steigt in Liechtenstein der Energieverbrauch weiter an. Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) fordert eine Energiewende und erklärt in einem Positionspapier einige Grundsätze dazu.

Von Richard Brunhart

Schaan. – Ein Indikator des Monitoringberichts 2011 zur Agenda 2020 zeigt in die richtige Richtung. Die CO₂-Intensität – der Ausstoss am bedeutendsten Klimagas bezogen auf die Wirtschaftsleistung – hat abgenommen. Daraus, wie die Regierung die Schlussfolgerung zu ziehen, dass bezüglich Klimagasausstoss eine positive Entwicklung stattfindet, ist laut LGU-Geschäftsführerin Andrea Matt aber verfrüht. Denn der CO₂-Ausstoss nehme nach wie vor tendenziell zu und die Lücke zwischen tatsächlichem Ausstoss und dem Ziel werde immer grösser, erklärte sie gestern an einer Pressekonferenz zur Präsentation des LGU-Positionspapiers Energiepolitik (siehe Kasten).

Wie LGU-Vizepräsident Dirk Hengevoss ergänzte, beschönigt die Regierung die Situation, da sie nicht alle Tatsachen darstellt, die berücksichtigt werden müssten. «Der Bevölkerung wird der Eindruck vermittelt, dass Liechtenstein mittlerweile sehr «grün» ist», sagte Hengevoss. Wenn man genauer hinschaue, gewinne man aber einen anderen Eindruck.

Konsequenzen bedenken

Mit den vorhandenen Informationen anders umzugehen ist auch eine grundsätzliche Forderung der LGU, die sich nicht nur auf die Energiepolitik bezieht. «Wir möchten einen ehrlicheren Umgang mit den Umweltaus-



Ehrlichere Umweltpolitik gefordert: LGU-Geschäftsführerin Andrea Matt stellt mit LGU-Vizepräsident Dirk Hengevoss das LGU-Positionspapier Energiepolitik vor – und kritisiert, dass die Regierung bezüglich Klimagasausstoss trotz tendenziell steigendem Energieverbrauch im Monitoringbericht zur Agenda 2020 eine positive Entwicklung feststellt. Bild Elma Korac

wirkungen», sagte Andrea Matt. Die Regierung argumentiere nicht immer offen und ehrlich. Sie benutze sogar häufig Umwelthanliegen, um umweltschädliche Anliegen zu kaschieren. Wenn mit einem Entscheid – beispielsweise bezüglich Restwassermenge beim Kraftwerk Samina – der Umwelt geschadet werde, sollte zumindest ehrlich kommuniziert werden, dass der Entscheid nicht im Sinne der Umwelt gefällt wurde, sondern andere Überlegungen – zum Beispiel billige Energie – im Vordergrund standen. Für einen faireren Umgang mit

der Umwelt müssten die Konsequenzen für die Umwelt auch bekannt sein. Ziel verschiedener Massnahmen oder Handlungen sei kaum, die Umwelt zu verschmutzen, beispielsweise den Klimagasausstoss zu erhöhen. Doch Konsequenzen für die Umwelt würden häufig nicht beachtet. Wie Matt ausführte, sollten Auswirkungen auf die Umwelt – wie die Finanzauswirkungen – immer beachtet werden.

Verhaltensänderung gefordert

Diese Auswirkungen müssten alle beachten, nicht nur die Politik, betonte

Dirk Hengevoss. Auch Konsumenten und Wirtschaftstreibende seien aufgefordert, ihr Verhalten zu ändern – und nicht nur die Politik, Massnahmen zur Verhaltensänderung umzusetzen. Nur so könne eine Energiewende vollzogen werden.

Andrea Matt betonte aber die besondere Stellung der Politik. Sie müsste eine Vorbildfunktion übernehmen. «Wenn nicht einmal die öffentliche Hand bereit ist, Ökostrom zu beziehen, wie kann die Regierung das dann von den Einzelnen erwarten?», sagte Matt.

Eckpunkte einer nachhaltigen Energiepolitik für Liechtenstein

Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) hält in einem Positionspapier einige Grundsätze zur Energiepolitik fest. Diese sollten für eine Energiewende in Liechtenstein beachtet werden.

Schaan. – Im UNO-Jahr der nachhaltigen Energie soll in Liechtenstein ein Wandel angestossen werden. Aus dem breiten Gebiet der Energiepolitik stellt die LGU neun grundlegende Forderungen.

Ziele verbindlich vorgeben

Ziele sollten in Jahresschritten verbindlich vorgegeben werden. Bei Nichterreichen sollten Konsequenzen gezogen und zusätzliche Massnahmen ergriffen werden müssen.

Energieverbrauch senken

Massnahmen sollten sich nicht auf die Energieeffizienz beschränken, sondern letztlich auf die Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs zielen. Effizienzgewinne werden derzeit unter anderem durch grössere und mehr Geräte mehr als aufgehoben.

Energie ökologisch produzieren

Erneuerbar ist nicht gleichbedeutend mit nachhaltig. Energie sollte aber nur nachhaltig produziert werden, also ökologische Minimalanforderungen erfüllen, um die Lebensgrundlage langfristig zu sichern.

Reduktion im Inland erzielen

CO₂-Reduktionen sollten im Inland erzielt werden, um die heimische Wirtschaft – beispielsweise die Innovationsfähigkeit – zu stärken. Zudem

wird der Zukauf von Emissionsrechten mehr kosten, wenn sich der Klimagasausstoss weiter von den Zielvorgaben entfernt.

Marktwirtschaftliche Prinzipien

Energiepolitische Massnahmen sollten sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien, insbesondere am Verursacherprinzip, orientieren. Beispielsweise müsste der Verkehr als Verursacher von rund einem Drittel der Treibhausgase für einen Drittel der Kosten aus den Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls aufkommen.

Energiestaat Liechtenstein fördern

Das Label Energiestaat sollte wie bereits durch die Gemeinden auch durch das Land unterstützt werden. Damit öffnet sich die Chance, eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Ökologische Motorfahrzeugsteuer

Eine ökologisch ausgestaltete Motorfahrzeugsteuer zielt zwar nicht direkt auf den Verbrauch wie eine Treibstoffsteuer. Eine Umstellung könnte aber Signalwirkung haben und den Kaufentscheid beeinflussen.

Preismodell beim Energiebezug

Derzeit wird Energie pro Einheit billiger, wenn mehr konsumiert wird. Die Tarifprogression sollte umgekehrt werden, um Anreize zum Energiesparen zu schaffen.

Plus-Energie-Häuser fördern

Liechtensteins Politik denkt immer noch im Minergie-Standard. Häuser können aber bereits mehr Energie produzieren, als die Bewohner verbrauchen. Diese Bauart zu fördern, sollte Ziel der Politik sein.